

„Kann Nixon noch weiter regieren?“

Wie kein Präsident zuvor hat Nixon seine Macht ausgedehnt — und sogar alle Gespräche mit Gästen auf Tonband aufzeichnen lassen. Nach dieser Enthüllung raffte

der Kongreß sich auf, die Macht des Präsidenten zu beschränken. Die Leute der Regierung Nixon suchen nach neuen Jobs, die Verwaltung funktioniert nicht mehr.

Im „Petite maison blanche“, einem kleinen weißen Reihenhaushaus neben den marmornen Prunkgebäuden des Senats, langweilten sich am Freitag, dem 13. Juli 1973, zwei Männer.

Der eine, Don Sanders, 43, stellte Fragen, die er für überflüssig hielt, der andere, Alexander Porter Butterfield, 47, gab Antworten, die er als selbstverständlich empfand.

Es war eine jener ermüdenden Routine-Befragungen, die Untersucher des Kongreßausschusses zur Aufklärung der Watergate-Affäre hinter verschlossenen Türen abhalten, bevor die Zeugen dann vor dem öffentlich tagenden Ausschuß erscheinen.

Sanders, Ex-FBI-Agent und Untersucher des Ausschusses, hakte die Fragen grämlich ab. Butterfield, seit dem 14. März zwölf Uhr mittags nicht mehr Assistent von Nixons damals noch amtierendem Stabschef Haldeman, gab mürrische Antworten.

Mit Watergate hatte Butterfield offenbar nie etwas zu tun gehabt. Er sei ein „paper pusher“ gewesen, einer, der im Weißen Haus die Bürokratie auf Touren bringt, bekräftigte der Zeuge, inzwischen Chef der US-Flugsicherheitsbehörde (FAA). Untersucher Sanders sah keinen Anlaß, ihm zu mißtrauen. Selber rechtsstehend, ehemals Rechtsberater des Kongreßkomitees gegen unamerikanische Umtriebe, fand Sanders nichts Bemerkenswertes an diesem Butterfield, der ihm zudem als „150 Prozent pro Nixon“ geschildert worden war.

Nach zwei Stunden wollte Sanders aufgeben — doch da — „Nicht, daß ich mir etwas Besonderes dabei gedacht hätte“ — fiel ihm noch etwas ein: Ob denn John Dean, früher Rechtsberater des Präsidenten und heute Hauptbelastungszeuge, die Wahrheit gesagt habe, als er seine Vermutung äußerte, im Amtszimmer des Präsidenten sei ein geheimes Tonband gelaufen.

„Yes“, antwortete Butterfield.

„Yes?“ fragte Sanders.

„Yes“, antwortete Butterfield.

Mit diesem „Yes“ gab der Routine-Zeuge Butterfield dem größten Polit-Skandal der neueren US-Geschichte eine in mehr als einer Hinsicht neue Qualität. Mit diesem „Yes“ stieß der Nixon-Mann Butterfield seinen Präsi-

denten auf der Abstiegsleiter eine vielleicht entscheidende Sprosse tiefer.

Denn die Frage, ob Richard Nixon seine zweite Wahlperiode trotz Watergate durchhalten kann oder ob der mächtigste Mann der westlichen Welt am Ende ist, stellte sich für viele Amerikaner nunmehr neu. Dank Watergate mögen sich hohe Washingtoner Beamte und Politiker nicht mehr mit Nixon identifizieren. Dank Watergate arbeitet

die Machtzentrale der USA nur noch schleppend, dank Watergate könnte ihre Arbeit zum Erliegen kommen, so daß dem Präsidenten nur noch der Rücktritt bliebe.

Daß das Weiße Haus nur sehr bedingt jener „heilige Ort“ (Kaliforniens Ex-Gouverneur Brown) ist, für den viele Amerikaner es gehalten haben, hatte sich in den letzten Monaten nach und nach herumgesprochen. Daß in der un-



Abhörort Weißes Haus, Hausherr: „Bei einem Gentleman steht ...“

mittelbaren Umgebung des Präsidenten der USA zwielichtige Typen Einbruch, Diebstahl, Scheckbetrug, Begünstigung und etliche andere Delikte planten, warf allenfalls ein schlechtes Licht auf die Auswahl-Kriterien, nach denen ein Dienstherr seine Gehilfen bestellte. Und daß dieser Dienstherr mitgewußt oder gar begünstigt habe, war behauptet worden, aber nicht bewiesen.

Doch nun, mit der Butterfield-Aussage, brandete die Schmutzflut Watergate abermals ins Allerheiligste des Heiligtums der USA: ins „Oval Office“, jenen Raum, in dem von sechs Fahnen eingeraht der Präsident der USA die Geschicke seines Landes lenkt.

Nun stellte sich heraus: Welcher US-Bürger immer in diesem Raum seit 1970 empfangen worden war — Kabinettsmitglieder, Gouverneure, Parlamentarier, Industrielle —, wurde abgehört. Welche ausländischen Staatsmänner immer in diesen Raum vorgedrungen sind — Brandt, Breschnew, Heath, Hussein, Indira Gandhi, Golda Meir und selbst Liberias Tobert und Äthiopiens Haile Selassie — alle, alle wurden abgehört.

„So phantastisch, daß man es nicht glauben möchte.“

Das vertrauliche, das Vier-Augen-Gespräch im Weißen Haus war niemals vertraulich gewesen. Denn der 37. Präsident der USA, der entgegen vielen Erwartungen Geschichte machte, als er Mao die Hand schüttelte und fast gleichzeitig Breschnew umarmte, der Amerikas Vietnamkrieg beendete und einen der eindrucksvollsten Präsidentschafts-Wahlsiege des zwanzigsten Jahrhunderts errang, dieser Präsident war dennoch auch ein kleiner James Bond: Er ließ Wanzen in Wände installieren und nichtsahnende Gäste abhören.

Doch nun geschah etwas Aufregendes: Daß im Weißen Haus zu Washington geschieht, was viele Amerikaner bislang höchstens im Moskauer Kreml vermutet hatten, regte die Amerikaner nach allen bisherigen Watergate-Schocks äußerlich nicht mehr auf. Wo noch vor Wochen wortstark protestiert worden wäre, stellten sich nun lähmendes Entsetzen, Apathie und Zynismus ein — unamerikanische Äußerungsformen, die zeigen, wie bedenklich der politische Seelenzustand einer sonst aktiven und optimistischen Nation geworden ist.

Amerikas Politiker und Amerikas Zeitungen sind offenbar inzwischen so sehr darauf gefaßt, der Regierung Nixons schlechtweg alles zuzutrauen, daß sie diesmal eher mit dem Seufzer reagierten: „Auch das noch!“

Nur Randfiguren der Washingtoner Bühne wie die linke Kongreßabgeordnete Bella Abzug („Gestapo-Mentalität“) und Gewerkschaftsboß Meany



Breschnew



Brandt



Golda Meir



Hussein

... kein Lauscher hinter der Gardine“: Abgehörte Staatsgäste, Gastgeber

(„So phantastisch, daß man es nicht glauben möchte“) ließen ihrem Zorn freien Lauf. Senatoren wie Kennedy, Humphrey, Muskie, Javits mochten sich nicht äußern.

Und auch die Reaktion jener ausländischen Staatsmänner, die bislang glauben konnten, sie hätten den Präsidenten der USA allein gesprochen, blieb karg. Nur Englands Premier Heath ließ offiziell „Befremden“ und inoffiziell verhaltene Wut äußern: „Der Präsident kann sich auf eines verlassen: Mr. Heath wird sich wahrscheinlich nicht wieder in eine solche Lage bringen lassen.“

Bonnas Kanzler, derzeit auf Urlaub, reagiert „sicher so wie der britische Premierminister“, vermutete Regierungssprecher Grünewald. Und in Paris wagte Pampidou-Sprecher Marchetti auf die SPIEGEL-Anfrage, ob im Elysée-Palast abgehört werde, immerhin die beziehungsvolle Antwort: „Auf keinen Fall“ (strictement non). Jedes Land hat seine Methoden, die Sowjet-Union hat die ihren, Amerika ebenfalls. Bei uns aber wird nicht abgehört.“

**„Ich bin froh,
daß ich nur genickt habe.“**

Das war möglicherweise übertrieben. Denn keine Regierung, die in- oder ausländische Gäste belauscht, wird dies ohne Not zugeben, und starke Worte lassen eher auf weiches Gewissen schließen. So fand Australiens Ex-Premier McMahon, was Nixon tat, „widerwärtig und abscheulich“. Doch McMahon-Nachfolger Whitlam entdeckte in seinem Arbeitszimmer bei Amtsantritt geheime Abhöranlagen, die — natürlich — „sofort demontiert“ wurden.

Vielleicht gehen Moral-Urteile, wie Nixons Mikrophone seien „wenig zivilisiert“ („The Guardian“) oder „ein Gentleman stellt keinen Lauscher hinter die Gardine“ („FAZ“), an der Realität moderner Machtausübung vorbei. Was Nixons Mikrophone aber so anrühlich macht, ist möglicherweise weniger die Tatsache, daß wichtige Staatsgespräche, die der Präsident der USA führt, aufgezeichnet wurden, als die technische Über-Perfektion und die Zielsetzung, mit denen dies geschah.

Wer das ehrwürdige Weiße Haus betritt, befindet sich, ohne es zu wissen, bereits im Orwell-Jahr 1984: Ein unsichtbarer Lichtstrahl erfasst ihn und setzt in der Schaltzentrale des „Secret Service“ automatisch ein Tonband in Bewegung. Die Mikrophone sind so empfindlich, daß ihnen auch Flüstertöne nicht entgehen. Die Stimme zu senken und zu sagen: „Im Vertrauen, Herr Präsident...“ schützt mithin vor dem großen Bruder nicht. Sicher ist nur, wer sich verhält wie Senator Dole aus Kansas: „Ich bin froh, daß ich immer nur genickt habe.“

Bizzarrer noch: Der Lichtstrahl meldet dem Tonband gar, wenn der Herr des Hauses allein eintritt, allein bleibt, laut denkt oder sich nur räuspert. Der Präsident der USA belauscht sich mithin vollautomatisch selbst, eine gespenstische Vorstellung, die ein grelles Licht auf die psychische Statur von Richard Nixon wirft.

Der Verhaltenspsychologe James David Barber rechnet ihn in seinem Buch „The Presidential Character“ zu den „aktiv-negativen“ Typen: Er genießt die Macht nicht, wie Franklin D. Roosevelt es tat, sondern versucht sie krampfhaft zu behaupten. Folge: Aggressivität, dogmatische Unduldsamkeit und eine Manie, vor der Geschichte auf jeden Fall Größe zu beweisen. Daher der politische Aktionismus, daher die Hektik der Sensationsreisen und Theatercoups Richard Nixons.

spielte das Weiße Haus den Fall zum „drittklassigen Einbruch“ herunter, und das Gros des Volkes lächelte über den vermeintlichen Coup eines stümpernden Gaunerquintetts. Monatelang, über Nixons triumphalen Wahlsieg vom November hinweg bis ins Jahr 1973, blieb Watergate ein Thema auf Eis, angetaut zuweilen von Presse und Opposition, doch immer wieder eingefroren von Lügen und Dementis der Nixon-Administration.

„Es gibt Augenblicke“, stöhnte die für den Londoner „Observer“ in die Senats-Hearings entsandte US-Schriftstellerin Mary McCarthy, „wo man das Gefühl hat, nur ein Computer könnte den täglichen Input des Watergate-Skandals verdauen.“

Wohl zeichneten sich schon früh enge Verbindungen zwischen Wahlspenden, Wirtschaft und Weißem Haus ab. Die



Watergate-Zeuge Butterfield, Watergate-Untersuchungsausschuß, Ausschuß-

Daher auch durchaus glaubwürdig die Darstellung des Zeugen Butterfield, die Abhörapparatur sei nur um der historischen Genauigkeit willen angelegt und — im Landsitz Camp David — abgeschaltet worden, wenn dort Staatsgäste logierten wie zuletzt Leonid Breschnew: Nicht Breschnews, sondern Nixons Worte interessieren Nixon.

Diese narzißhafte Neigung, die Nixons Vertrauensbruch gegenüber den ungefragt Belauschten womöglich in milderem Licht erscheinen läßt, hilft ihm freilich überhaupt nicht, jene Affäre durchzustehen, die seinen bis dahin erfolgreichen Marsch zu den Großen der Geschichte jählings unterbrochen hat: Watergate.

Als am 17. Juni 1972 fünf Mann beim Einstieg in das im „Watergate“-Komplex gelegene Hauptquartier der Demokraten erappt worden waren,

Spur des Einbrechers Howard Hunt, eines Ex-CIA-Agenten und Ex-Beraters im Weißen Haus, führte dicht an das höchste Amt der Vereinigten Staaten heran. Der Sicherheitschef von Nixons Wiederwahl-Komitee (CRP), James McCord, war als Einbrecher verhaftet, der CRP-Boß, Ex-Justizminister Mitchell, Schatzmeister Sloan und Finanzberater Liddy hatten ihre Ämter quittiert — doch die Wähler blieben kalt, zu undurchsichtig war Watergate.

Richard Nixon spielte derweil seine Rolle weiter: ein Staatsmann und Friedenspräsident, der die Boys aus Vietnam heimholte. Die bohrenden Fragen und die ersten Enthüllungen von Reportern ließ er durch Pressesprecher Ziegler als „schäbigen Journalismus“ und „offenkundigen Rufmord“ einstufen.

Bis März hingen zwei ehemalige Minister — Mitchell und Ex-Handelsminister Maurice Stans — sowie mindestens zehn Männer vom Stab des Weißen Hauses in der Affäre, bis jetzt sind es 55 Angehörige der Nixon-Administration.

Ans Licht kam, daß Nixons Sonderberater Charles W. Colson eine „Abteilung für schmutzige Tricks“ unterhielt, Nixons Stabschef Bob Haldeman und Nixons innenpolitischer Berater John Ehrlichman wurden der Mitwisserschaft am Watergate-Einbruch verdächtigt, Nixons Rechtsberater John Dean III angeklagt.

Doch immer noch behauptete Nixon: „Das Weiße Haus hat nichts zu verbergen.“ Und Nixon verhängte, unter Berufung auf das „Executive privilege“, ein Verbot für seine Mitarbeiter, in der

Schritte gegen Nixon-Männer rückten näher, es schien immer unwahrscheinlicher, daß der Präsident von nichts gewußt haben sollte.

Der Verdächtige — 41 Prozent der Amerikaner mißtrauten ihrem Präsidenten — hielt die Zeit für gekommen, selbst den Watergate-Sheriff zu spielen. Er verurteilte „alle Verschleierungsversuche“ und kündigte, falls irgend jemand aus seiner Umgebung angeklagt werde, sofortige Suspendierung an. Seine Leute sollten freiwillig aussagen, „intensive neue Nachforschungen“ seien in Gang gesetzt worden.

Nixon schien zunächst gerettet, doch für seine Mitarbeiter war der Start für ein unerbittliches Gemetzel freigegeben. In einer TV-Rede am 30. April, in der er, den Tränen nahe, seine Unschuld beteuerte, gab der Präsident den Rück-

Das reichte Kongreßabgeordneten, um gegen Nixon das schwierige „Impeachment“ zur Absetzung eines Präsidenten in Gang zu setzen (SPIEGEL 20/1973). Und schärfer denn je wurden die Fragen gestellt: Mißbraucht der Präsident seine Macht? Räumt ihm die Verfassung zu große Befugnisse ein?

„Wenn wir nicht schleunigst weitere Bremsen in unser System einbauen“, warnte der Washingtoner „Evening Star“, „muß man befürchten, daß Pentagon-Papiere, Watergate und das Ellsberg-Verfahren von der Geschichte lediglich als kleine Stolpersteine auf dem Weg in den Totalitarismus bewertet werden.“ Laut Meinungsumfrage schenkten zwei von drei Amerikanern ihrem Präsidenten keinen Glauben mehr, als er nach Island zum Gipfel mit Frankreichs Pompidou und zurück nach Washington zum Gipfel mit Rußlands Breschnew reiste.

Dem Frieden dieses Gipfels zuliebe wurde die erhoffte Stunde der Watergate-Wahrheit — die Aussage des Hauptbelastungszeugen Dean vor dem Untersuchungsausschuß — um eine Woche verschoben. Als es soweit war, gab es endgültig zwei Wahrheiten: Deans Wahrheit, Nixon habe bereits seit September 1972 von der Watergate-Verdunkelung nicht nur gewußt, sondern aktiv an ihr teilgenommen, und Nixons Wahrheit, schriftlich am 22. Mai fixiert, er sei ahnungslos von ungetreuen Helfern belogen worden.

Vor die Wahl gestellt, dem Präsidenten der USA oder einem John Dean zu glauben, neigten viele Amerikaner, der Watergate-Wirren ohnehin überdrüssig, Richard Nixon zu. Anfang Juli glaubten 71 Prozent zwar, daß seine Weste nicht ganz sauber sei, aber nur 18 Prozent wünschten, falls dies nachzuweisen wäre, seine Ablösung.

Seit dem 13. Juli ist es zumindest nachprüfbar. Zeuge Butterfield enthüllte, daß die Watergate-Wahrheit auf Tonbändern im Keller des „Secret Service“ lagert — aufgerollt, klimatischer, abrufbar. Der Präsident der USA war in die Situation eines Diebes geraten, dem auf die Beteuerung seiner Unschuld entgegnet wird: „Dann zeig doch deine Taschen vor.“

„Der Präsident ist unerreichbar wie ein französischer König.“

Diese Zumutung freilich wies Richard Nixon von sich. Sie widerspräche der Praxis seiner Amtsführung — die freilich auch der amerikanischen Verfassungsidee widerspricht, möglichst effektive Machtausübung durch möglichst effektive Kontrolle dieser Macht auszugleichen.

Überzeugt, daß der Mob dem gemeinen Wohl abträglich sei, hatten die Väter der US-Verfassung, meist Mitglieder der landbesitzenden Klasse kalvini-



Vorsitzender Ervin: „Es stinkt irgendwie“

geplanten öffentlichen Senatsuntersuchung auszusagen. Erst später, als der Chefuntersucher Sam Ervin drohte, er werde notfalls alle Verdächtigen festnehmen und gewaltsam vorführen lassen, lockerte Nixon das Verbot.

Um Ostern war die Popularität des Präsidenten laut Gallup gegenüber Januar um neun Punkte gesunken, sein Image als „Staatsmann“ zerbröckelt, seine glatte Mannschaft in Verdacht krimineller Karrieresucht geraten, seine Partei so sehr mit dem Ruch der Korruption behaftet, daß sogar Republikaner Barry Goldwater befand: „Es stinkt irgendwie.“

Der Verdacht erhärtete sich, daß Mitchell, Dean und der Vize in Nixons Wiederwahl-Komitee, Jeb Magruder, alle Watergate-Einbruchpläne gekannt, diskutiert und die Zahlung von Schweigegeldern gebilligt hatten. Gerichtliche

tritt seines Justizministers Kleindienst und seiner engsten Mitarbeiter Haldeman und Ehrlichman bekannt. Dean wurde gefeuert.

Doch Watergate wucherte weiter. Ans Licht kamen Vertuschungspläne, Schweige- und Bestechungsgelder, Anstiftung zum Meineid, Vernichtung von Belastungsmaterial, Wahlkampfmanipulation, Kontakte zur Mafia, Telefonspionage und Einbrüche, unter anderem beim Psychiater des Enthüllers der Pentagon-Papiere Daniel Ellsberg.

Im Mai bezichtigte der abgehalfterte Dean den Präsidenten der Mitwisserschaft — das Weiße Haus dementierte und erließ erneut, diesmal ohne Rechtsgrundlage, einen Maulkorb für Nixon-Mitarbeiter, wonach „Unterhaltungen mit dem Präsidenten“ geheimzuhalten seien.

stischer Tradition, ihrem Präsidenten eine Art „Gottesgnadentum des Amtes“ (so der Politologe Denis William Brogan) zugebilligt, nach dem dieser demokratisch gewählte Präsident „fast ebenso unerreichbar (ist) wie ein französischer König des Ancien régime“. Die Präsidenten machten von ihrem Gottesgnadentum kräftig Gebrauch.

So konnte Abraham Lincoln, Idol der amerikanischen Demokratie, während des Bürgerkriegs per Dekret unwillige Gelder ausgeben, die Post zensieren und den Habeas-Korpus-Grundsatz außer Kraft setzen. So konnten die Präsidenten Roosevelt 1933 und Truman 1950 insgesamt rund 200 Notstandsgesetze verkünden, die niemals außer Kraft gesetzt wurden, sondern heute noch gelten: Die Vormacht der westlichen Welt lebt seit 1933 unter einem jederzeit praktizierbaren Ausnahmezustand, das dem Präsidenten „ungeheure Gewalt“ („U. S. News & World Report“) gibt.

Richard Nixon kann

- ▷ jedermann verbieten, die USA zu verlassen oder zu betreten,
- ▷ fremde Schiffe in US-Gewässern festsetzen,
- ▷ Reservisten einberufen und sie in jedes fremde Land schicken.

Dieses letzte Recht haben die Präsidenten Nixon und Johnson — ohne sich auch nur auf den Notstand zu berufen — in einer bis dahin unerhörten Weise ausgedehnt, laut Historiker Arthur M. Schlesinger jr. unter Liquidierung nicht nur geschriebener Verfassungsnormen.

Die amerikanischen Verfassungsväter hatten die Macht des Präsidenten durch ein wohlabgewogenes System von „Kontrollen und Gleichgewichten“ (checks and balances) in Schranken halten wollen. Doch Nixon hat, so Schlesinger, eine Reihe dieser „checks“ ausgeschaltet.

Beispiel: Die Presse kann den Präsidenten zu wesentlichen Fragen seiner

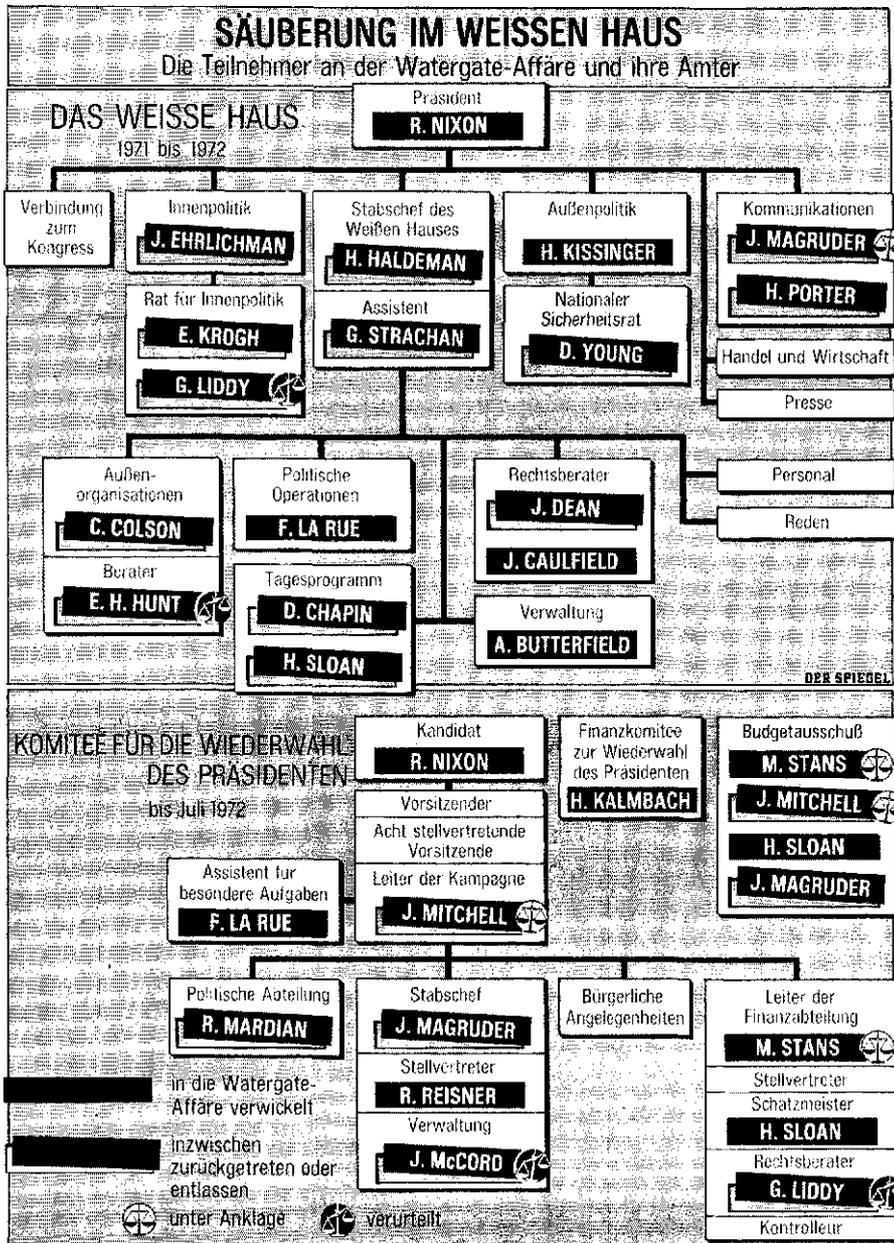
Politik nicht mehr „checken“, weil Nixon, „absolutester Monarch in der Welt der großen Mächte“, die Öffentlichkeit miß und — anders als seine Vorgänger Roosevelt, Truman, Eisenhower und selbst Johnson — seine Berater auf die Pressekonferenzen schickte.

Weiteres Beispiel: Die Minister und Berater sollen den Präsidenten zu wesentlichen Fragen seiner Politik nicht mehr „checken“, weil Nixon bis auf Henry Kissinger keine Berater von Format um sich duldete.

Als Watergate das Weiße Haus umbrandete, konnten die herkömmlichen „checks“ nicht funktionieren, konnte etwa die Kontrolle durch den Kongreß erst einsetzen, nachdem Journalisten (vor allem der „Washington Post“) aller Abschließung zum Trotz die nötigen Informationen geliefert hatten.

Die Grundsatzfrage, ob Watergate beweist, daß das amerikanische System doch noch oder nicht mehr funktioniert, ist daher nicht eindeutig zu beantworten: Es hat nicht mehr funktioniert, denn der Erfolg der öffentlichen Meinung, der Intellektuellen und der Journalisten erscheint eher zufällig. Es hat — gerade noch einmal — funktioniert, denn in Washington befindet über den mächtigen Präsidenten der USA nun ein Untersuchungs-Ausschuß, dessen Vorsitzender Sam Ervin sich unerbittlich weigert, die von Nixon beanspruchten präsidentiellen Befugnisse bei der Watergate-Untersuchung zu berücksichtigen.

Der polternde Senator aus North Carolina sieht in dem, was Nixon tat, Praktiken nicht eines Präsidenten, sondern eines Kandidaten für die Präsidentschaft, der durch keinen Verfassungssatz zur Wiederwahl genötigt war und daher auch in allen Wahlangelegenheiten nicht durch Präsidenten-Vorrechte geschützt ist.

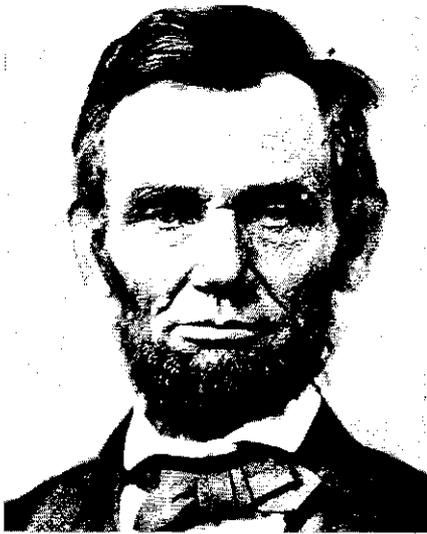


Was können Techniker an den Tonbändern ändern?

„Watergate“, so belehrt Ervin mit breitem Südstaaten-Akzent die Zeugen vor seinem Ausschuß — und mittels Fernsehen auch die Nation —, sei „die Geschichte eines Wahlkampfes und von Versuchen, ihn mit kriminellen Mitteln zu verfälschen“.

Seine Mischung aus bodenständigem Pragmatismus und gelehrter Verfassungstreue ließ den Senator Ervin in wenigen Wochen zum neuen Volkshelden der USA werden, der ihnen die Illusion gab, daß das System eben doch funktioniert. Der grummelnde alte Mann, dessen ständig bewegte Augenbrauen selbst dann Unheil für die Nixon-Administration andeuten, wenn er schweigt, wirkt wie „Uncle Sam“ — die Verkörperung von Ehrbarkeit, Volkstümlichkeit und Witz.

Ein viel weitergehender Kritiker trat ihm zur Seite: Herbert Marcuse, Vater



Präsident Lincoln
„Mehr Chaos ...“

des Weltjugendprotests, klagte den Präsidenten in der „New York Times“ an, ein Menschheits-Schädling zu sein: „Der Unterschied zwischen Amt und Amtsinhaber, eine der befreiendsten Errungenschaften der westlichen Zivilisation, ist zusammengebrochen.“

Vorige Woche, als Richard Nixon mit Lungenentzündung im Bethesda-Marinehospital lag, bat Ervin den Präsidenten um eine Unterredung: offenbar der letzte Versuch, Nixon zur Herausgabe der elektronischen Watergate-Wahrheit zu bewegen, offenbar der letzte Versuch auch, die direkte Konfrontation zwischen dem Watergate-Ausschuß des Parlaments und dem Präsidenten der USA doch noch zu vermeiden.

Könnte der angeschlagene, in seiner Führungsfähigkeit angezweifelte Richard Nixon, von seinen außenpolitischen Großtaten auf einen staatserschütternden Kriminalfall zurückgeworfen, den frontalen Zusammenstoß noch verkraften? Oder ist Nixon nun am Ende?

Heute schon scheint der Machtverfall an der Spitze der USA — verglichen mit der Situation vor nur einem Jahr — atemberaubend. Der Präsident ist seinen Landsleuten so unglaubwürdig geworden, daß sie es ihm nicht einmal mehr ohne Zweifel und Zynismus abnehmen, wenn er plötzlich krank wird.

Die Virus-Lungenentzündung, die ihn in der vorletzten Woche ins Krankenhaus verbannte, war der Nation nicht Grund zur Besorgnis, sondern Anlaß für bösen Verdacht: „Oh, das ist aber zeitgerecht“, höhnte ein Kongreß-Demokrat. „Will er sich aus Gesundheitsgründen stillschweigend verdrücken?“ fragte ein hoher Regierungsbeamter.

Die Washingtoner Korrespondenten amerikanischer Provinzzeitungen wurden von ihren Heimatredaktionen bestürmt, die „wahre“ Krankheitsge-

schichte herauszufinden. Die Folge: Weil Bonns Außenminister Scheel Nixons letzter Besucher war, bevor der Präsident ins Krankenhaus mußte, bedrängten die Korrespondenten die Deutsche Botschaft mit Fragen nach Nixons Krankheitssymptomen.

Das Mißtrauen der Öffentlichkeit gegenüber Richard Nixon — ohnehin hoch — ist seit der Butterfield-Aussage weiter gestiegen. Hatten schon vorher 71 Prozent aller Amerikaner geglaubt, daß Nixon direkt in die Watergate-Affäre verwickelt sei, ist er seither — so die „New York Times“ — „in einer unmöglichen Situation“: Er muß sich gegen den Vorwurf schützen, er sei an kriminellen Handlungen beteiligt gewesen. Er muß aber gleichzeitig versuchen, das Vertrauen der Öffentlichkeit zu seiner Regierung wiederzugewinnen, um das Nixon-Bild vor der Geschichte wieder zurechtzurücken. Eines hindert das andere — es sei denn, die fatalen Tonbänder bewiesen seine Unschuld.



Präsident Truman
... mehr Verwirrung ...

Doch selbst wenn er — entgegen der allgemeinen Erwartung — die Tonbänder doch noch freigabe, blieben Zweifel. Das beliebteste Gesprächsthema der vergangenen Woche in den Gängen der Ministerien, den Vorzimmern der Parlamentarier, den Redaktionsstuben des „National Press Building“ und nach den Abend-Fernsehnachrichten in den Wohnzimmern der Bürger drehte sich um die Frage: Was können geschickte Techniker an Tonbändern ändern, ohne daß es auffällt? Es ging — bezeichnenderweise — nur um die technischen Möglichkeiten — moralische Skrupel im Weißen Haus wagt niemand mehr anzunehmen.

Die Auswege, die die amerikanische Verfassung in einer derartigen Situation bietet, sind in diesem Falle wenig hilfreich: *Impeachment* oder Rücktritt.

Impeachment, das Verfahren zur Amtsenthebung des Präsidenten durch

den Kongreß wegen schwerer Verfehlungen im Amt, ist nach wie vor unwahrscheinlich. Die Affäre scheint zu unübersichtlich, die Öffentlichkeit will keine Absetzung — weil der Prozeß zu langwierig und quälend ist, weil Spiro Agnew, Nixons rechter Vize, als Nachfolger nur wenigen eine verlockende Alternative ist, weil man dem Ausland nicht ein Justiz-Schauspiel von einmaliger Dramatik bieten möchte.

Mögliche Endstrafe: Jahrzehntelanges Gefängnis.

Nur etwa 60 von 435 Abgeordneten des Repräsentantenhauses sind zur Zeit auch nur zu einer Diskussion über die Vorbereitung des Verfahrens bereit. Die Mehrheit aber wäre nötig, um formell die Anklage zu erheben.

Freiwilliger Rücktritt, im Mai laut Nixon-Tochter Julie Eisenhower im Familienrat der Nixons diskutiert und verworfen, erscheint ebenso ausgeschlossen. Ein solcher Verzicht würde nur schwer zum Charakter dieses Präsidenten passen, der den Kampf in Außen-seiterposition und das Durchstehen von Krisen zum politischen Lebensstil erhoben hat. Rücktritt würde Schuld implizieren, hatte der Familienrat zutreffend festgestellt — und damit zugleich den jetzt geschützten Präsidenten als einfachen Bürger den Gerichten überantworten. Die würden dann versuchen, seine Schuld nachzuweisen in all den vielen Prozessen, in die seine engsten Mitarbeiter auf Jahre verwickelt sein werden — er hätte eine Lebensaufgabe vor sich.

Allein im Verlaufe der Watergate-Hearings wurden — so der republikanische Senator Lowell P. Weicker — folgende Straftaten von Mitgliedern der Nixon-Regierung „bewiesen oder zugegeben“:

▷ Verschwörung zur Behinderung der Justiz,



Präsident Roosevelt
... keine Änderung“

- ▷ Verschwörung zum Abfangen telephonischer und mündlicher Mitteilungen,
- ▷ Verleitung zum Meineid,
- ▷ Verschwörung zur Behinderung der Strafverfolgung,
- ▷ Verschwörung zur Beweisvernichtung,
- ▷ Verschwörung zur Abgabe falscher eidesstattlicher Erklärungen,
- ▷ Verschwörung zum Einbruch,
- ▷ Verschwörung zum Diebstahl,
- ▷ Abgabe falscher eidesstattlicher Erklärungen,
- ▷ Meineid,
- ▷ Einbruch,
- ▷ Diebstahl,
- ▷ Abfangen telephonischer und mündlicher Mitteilungen,
- ▷ Behinderung der Strafverfolgung.

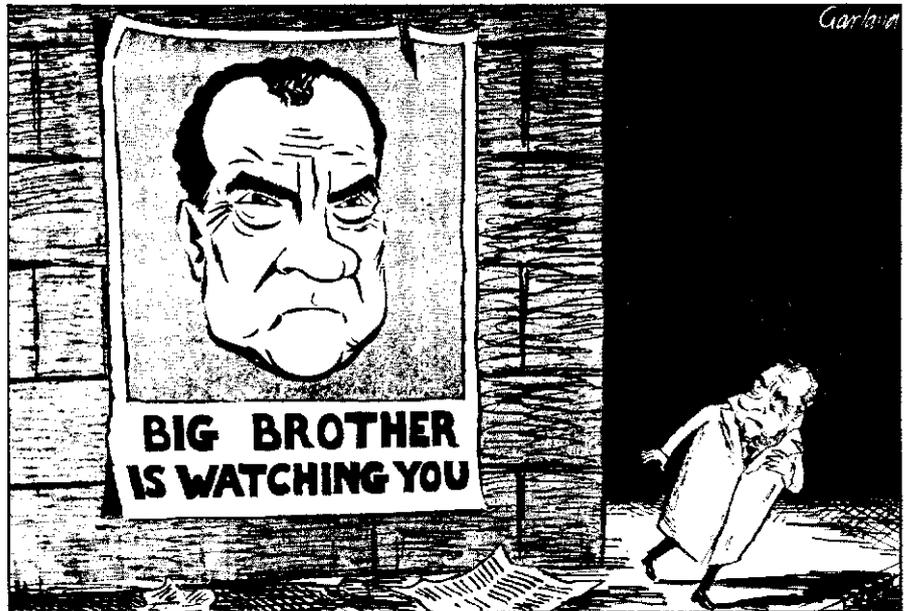
In nahezu alle Delikte könnte Richard Nixon verwickelt gewesen sein — die mögliche Endstrafe: jahrzehntlanges Gefängnis, ganz abgesehen von einer Reihe bereits angelaufener noch ausstehender Zivilklagen auf Schadensersatz.

Regierung arbeitsunfähig, Minister am Ziel.

All diese Diskussionen sind theoretisch, wenngleich nicht ohne praktische psychologische Wirkung auf die Öffentlichkeit. Sie verstärken den Eindruck, daß Nixon am Ende ist, weil er schließlich zurücktreten muß, weil er nicht mehr regieren kann. Seine Regierung — seit drei Monaten im Leerlauf — droht



International Herald Tribune



Daily Telegraph

seit der Butterfield-Aussage vollends „inoperative“ zu werden — arbeitsunfähig.

In den klassizistischen Palästen der Washingtoner Administration dröhnen von morgens bis abends die Lautsprecher der Fernsehgeräte mit den Vernehmungen vor dem Watergate-Ausschuß. Hohe Regierungsbeamte sind zur Zeit kritischer Aussagen nicht zu sprechen, niedrige Chargen verfolgen das Geschehen in Gemeinschaftsräumen. Während im Sozial- und im Finanzministerium sowie bei der Regierungsbehörde für Umweltschutz die Türen offenstehen, sehen sich die Angestellten des Weißen Hauses die täglichen Übertragungen lieber hinter verschlossenen Türen an.

Regierungsbeamte in allen Ministerien lassen unverhohlen durchblicken, daß sie nicht mehr mit der Nixon-Regierung und ihrer Politik identifiziert werden möchten und für Angebote neuer Jobs durchaus offen seien. Außenminister Rogers, bisher einer der loyalsten Freunde des Präsidenten, trägt sich angeblich mit Rücktrittsgedanken. Landwirtschaftsminister Earl Butz gilt gleichfalls als amtsmüde. Rücktrittsgerüchte sammeln sich periodisch um Finanzminister George Shultz und um Nixons neuen innenpolitischen Berater Melvin Laird.

Auf neue Programme, Richtlinien und größere Entscheidungen der zweieinhalb Millionen Bundesbeamten warten Kongreß, Wirtschaft und Öffentlichkeit vergebens. Jerry Wurf, Präsident der Gewerkschaft Öffentliche Dienste: „Mehr Chaos, mehr Verwirrung, aber wenig bis überhaupt keine Änderung.“

Noch immer fehlen vor allem im mittleren Management des Regierungsapparates Hunderte von Mitarbeitern. Selbst in den Schlüsselpositionen sind nach Angaben des Weißen Hauses fast zehn Prozent der 520 Stellen trotz

mehrmonatiger Suche unbesetzt. Ein Finanzexperte, der das Angebot erhielt, stellvertretender Handelsminister der USA zu werden, erklärte der Regierung, leider sei er vertraglich verhindert. Dem SPIEGEL erzählte er: „An sich hätte mich das gereizt, aber doch nicht jetzt.“

Gegenüber einer derart gelähmten Regierung erwachte der vom Weißen Haus seit Jahrzehnten eingeschüchterte Kongreß zu neuer Aktivität: Gegen den Willen des Präsidenten entschied das Repräsentantenhaus vorige Woche, daß der Präsident künftig das Recht zur Kriegführung mit dem Parlament teilen müsse: 72 Stunden nach Entsendung amerikanischer Truppen ins Ausland soll er dem Kongreß Bericht erstatten, nach 120 Tagen darf er das Engagement nur fortsetzen, wenn der Kongreß offiziell den Krieg erklärt. 244 Abgeordnete stimmten für den Entwurf, nur 170 dagegen.

Die Entscheidung des Repräsentantenhauses wird zwar dem schon angekündigten Veto des Präsidenten nicht standhalten: Dazu wäre eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, und zu dieser fehlen 46 Abgeordnete. Aber das Signal für Richard Nixon war deutlich: Der Kongreß duckt sich nicht mehr, denn es gilt nicht mehr als populär, bei kritischen Abstimmungen auf der Seite Richard Nixons zu stehen.

Als Nixon jetzt die Phase IV seines Plans zur Bekämpfung der Inflation in Kraft setzte, machte er bislang gescheute Zugeständnisse an die Wirklichkeit: „Das Vertrauen in unser Management und unsere Finanzen ist gering — zu Hause wie im Ausland.“

„Die Frage ist nicht länger, wer die Wahrheit sagt und wer fälscht“, stellte Kolumnist Childs von der „Washington Post“ fest. „Die Frage ist, ob Präsident Nixon das Land noch drei Jahre regieren kann.“